

wohn zu kämpfen wegen ihrer russischen Beziehungen und des abschreckenden Beispiels, das der russische Kommunismus in der Praxis gegeben hat.

Kurzum, es ist nur sehr bedingt richtig, wenn die Kölnische Zeitung anlässlich des demokratischen Parteitages längst schrieb, keine von allen neuen deutschen Parteien habe ihre Wirksamkeit unter einem so glänzenden Stern beginnen dürfen, wie die Demokratische Partei. Das traf nur vorübergehend zu. Die Kölnische Zeitung hat recht, wenn sie betont, daß die Männer, die im November 1918 die Deutsche Demokratische Partei aus der Taufe hoben, im bürgerlichen Lager die ersten gewesen waren, die ihre verlorenen Nerven wiedergewunden hatten. Ihnen strömten viele zu, die, wie Erkelens aus dem Bremer Parteitag gut gefaßt hat, während der ersten erregten Zeiten in der Mitgliederkarte der Demokratischen Partei so etwas wie eine Lebensversicherungspolice sahen. Doch auch andere kamen, die glaubten, man müsse einen bürgerlichen Wall gegen den Radikalismus errichten, indem man einen Teil seiner Forderungen ansahm und zu verwirklichen versprach, eben den demokratischen Teil; dadurch würde sich der sozialistische Teil dann eher hintenhalten oder wirksamer bekämpfen lassen. Man wollte also dem revolutionären Vordringen ein Stück entgegenkommen, um so die Wucht ihres Anlaufs zu mildern. Man fürchtete auch eine Klassenherrschaft der Arbeiter, in Umkehrung der bisherigen Klassenherrschaft, die denn auch von den Anhängern einer Diktatur des Proletariats befürwortet wurde. Man wollte nicht den Arbeitern überlassen, den neuen Staat allein aufzurichten, um das Bürgertum nicht ganz auszuschalten, sondern man wollte versuchen, das Beste daraus zu machen.

Allein es gab auch Leute, die den Umschwung tiefer erfahren. Es waren viele, die den allgemeinen Gedanken besaßen, daß sich in Zukunft das Volk mehr um den Staat kümmern müsse als bisher, da man eingesehen hatte, daß der Zusammenbruch nur möglich geworden war, weil man während des Krieges eine so gut wie unkontrollierte Staatsleitung, das heißt die Herrschaft der Gewählten gewährte. Das Verlangen nach Parlamentarisierung, das kurz vor dem Ende erfüllt wurde, war ja daraus hervorgegangen, daß man das Vertrauen zu den leitenden Stellen verloren hatte und sie nicht länger allein „führen“ lassen wollte. Dann war alles zusammengebrochen, die Front und auch der Staat im Innern, da es zu spät gewesen war, und viele sahen nun ein, daß zum staatlichen Wiederaufbau gar nicht genug Kräfte herangeholt werden konnten. Soeben hatte in der Revolution das Volk selbst sein Geschick in die Hand genommen, und da sagten sich zahlreich Angehörige des Bürgerturns, die sich bis dahin wenig mit Politik befaßt hatten, daß man den Urdeutern die Sache nicht allein anvertrauen könne, nicht nur um des Bürgerturns, sondern um des Volkes willen.

Denen, die den politisch wertvollsten und dauerhaftesten Bestand der Partei bildeten, war bald klar, daß nur Demokratie im weitesten Sinne Deutschland gegen die innere Gefährdung von rechts und links retten könne, gegen die Bemühungen, die alte Klassenherrschaft wiederherzustellen, und gegen das umgekehrte Bestreben, eine neue Herrschaft der unteren Klassen aufzurichten. Demokratie ist der Gegensatz zu jeder Klassenherrschaft, zu jeder Gewaltherrschaft, zu jedem Terror, sie ist Ausgleich, also innerer Friede. Sie ist am meisten „staatsbehaltend“, denn sie allein sichert die Stetigkeit unserer staatlichen Entwicklung und verhindert, daß Kräfte in inneren Kämpfen verzehrt werden. Sie ist in diesem Sinne eine nationale Notwendigkeit, wie sie schon in ihrem Grundgedanken eine durchaus nationale Sache ist.

Die Machtverhältnisse im Innern der modernen Völker liegen nicht mehr so, daß eine Klasse die andere mit Gewalt niederhalten kann. Man muß vielmehr den Anspruch auf Klassenherrschaft grundsätzlich überwinden, und das kann nur durch eine entgegengesetzte Idee geschehen. Diese Idee ist die Demokratie, die prinzipielle Gleichberechtigung aller, d. h. der allgemeine Anspruch auf gleiche Möglichkeiten des Aufstieges, lediglich nach Maßgabe der Leistungen. Demokratie ist also, richtig verstanden, nicht etwa gegen die Aristokratie der Leistung, sondern sie ermöglicht diese erst, indem sie alle Kräfte entbindet; sie steht im Gegensatz nur zur Aristokratie der Geburt und der erblichen Privilegien. Wer diese letzte Sorte von Aristokratismus nicht will, der ist bereits zum guten Teile Demokrat. Die Demokratie kennt weder Herren noch Knechte, wohl aber Führer und Geführte. In diesem Sinne ist Demokratie die einzige von keinem Zweifel zu entthronende politische Idee der Gegenwart überhaupt, die einzige, die von der

Revolution hoch gebracht, wenn auch nicht von ihr erzeugt worden ist. Sie ist durch die Verhältnisse in den Vordergrund gedrängt worden, ohne besondere Verdienste einer bestimmten Partei. An sie muß sich das deutsche Volk in unserem Zeitalter klammern, wenn nicht in dem innern Spannungsverhältnis seines heutigen Lebens alles zugrunde gehen soll.

Daß diese Idee in den demokratischen Parteien von heute noch nicht stark und rein genug zutage tritt, ist freilich nicht zu leugnen. Das Zentrum folgt neben seinem demokratischen Instinkt ganz anderen und zum Teil entgegengesetzten Idealen, namentlich dem Begriff einer Autorität der Kirche, die ihre Geltung keineswegs aus der Majorität des Volkswillens ableitet, sondern „von Gottes Gnaden“ sein will, wie nur je eine Monarchie. Die Sozialdemokratie verfährt in ihrer Regierungspraxis noch keineswegs immer demokratisch, sondern vielmehr parteilich. Und auch die Deutsche Demokratische Partei hat große Mängel. Ihre Fehler sind zum guten Teil darin begründet, daß sie nicht etwa zu sehr, sondern vielmehr zu wenig demokratisch ist. Wahre, aufrichtige und energische Demokratie vermag selbst nach rechts stehenden Leuten hören: „Ja, wenn die Demokraten alle so wären, wie sie nach dem Prinzip der Demokratie sein müßten, dann wäre ihr Anspruch berechtigt, daß sie vor allen anderen auf dem richtigen Wege seien.“

Die Demokratische Partei hat es selber nicht verstanden, den Gedanken der Demokratie zu propagieren. Sie selber hat nicht zugehört, sondern abgenommen. Daß sie nach dem ersten, zum guten Teil äußerlichen Wahlerfolg wieder verlieren würde, war voranzusehen und lag in der Natur der Dinge. Aber daß ihr Rückgang auch weiterhin angehalten hat, liegt zum großen Teil an der Unvertraulichkeit des deutschen Volkes mit der Idee der Demokratie, zum Teil aber eben auch daran, daß die Partei, die diese Idee vor allem auf den Schild erhoben hat, nicht genug getan hat, sie populär zu machen. Auf dem Parteitag in Bremen hat man eine richtige Erkenntnis von dem Ziele gehabt, aber auch dann sich nicht hinlänglich klar gemacht, wie sehr man es bisher an ernsthaften Bemühungen, das Ziel zu erreichen, hat fehlen lassen. So sagte der Führer der Partei, Herr Peterfen, durchaus zutreffend: Die Hauptaufgabe ist, das Volk für die Demokratie zu gewinnen und für die Weimarer Verfassung. Die große demokratische Forderung lautet: Moralische Eroberungen für die deutsche Republik zu machen. Jawohl, aber so lautet die Forderung schon drei Jahre lang, und sie ist sehr mangelhaft erfüllt worden. Die Demokratische Partei hat es vielfach dem Zentrum und der Sozialdemokratie überlassen, für Demokratie und Republik mit Nachdruck einzutreten. Der frühere Reichsminister Preuß, einer der wenigen entschlossenen Führer, den die Partei besitzt, hat in Bremen mit Recht erklärt: „Vielfach geht ein Ton der Resignation durch unsere Kundgebungen, weil die demokratische Republik als eine Art Rotbuch und Rotzettel erscheint. Wie wollen wir dem Volke das Herz warm machen, wenn uns die Begeisterung nicht aus dem Herzen kommt?“

Vielleicht, daß nun in Zukunft eine Besserung darin eintritt, nachdem die Demokratische Partei einen Arbeiterführer, Herrn Erkelens, an die Spitze des Vorstandes gestellt hat. Er ist persönlich ein entschlossener Demokrat, und es ist auch, wie die Dinge bisher bei uns liegen, ganz logisch, daß die Arbeiter in der Partei mehr herzutreten müssen, wenn diese für Demokratie und Republik zielbewußter als bisher einsehen soll. Für das Bürgerturn ist diese Einsicht nicht sehr ehrenvoll, aber wenn jetzt etwa aus seinen Reihen über das Herauskommen der Arbeiter in der Demokratischen Partei geklagt werden sollte, so müßte die Beschwerdeführer an ihre eigene Brust schlagen und sich sagen, daß es Schuld ihres Versagens war, wenn es nötig geworden ist, einen Arbeitervertreter an die Spitze zu stellen.

Keine Einstellung von Beamtenanwärtern

Zur Reichstagsauswahl für Beamtenangelegenheiten wurde der Antrag Degler (Dnnt.) angenommen, der die Regierung ersucht, die Einstellung von Beamtenanwärtern in allen Ämtern der Reichsverwaltung bis zur Beratung des Reichshaushaltes 1922 zu unterlassen und die freierwerbenden planmäßigen Beamtenstellen, unbeschadet der Rechte der außerplanmäßigen Beamten, nach Möglichkeit mit Parteimitgliedern und Beamten aus abgetretenen Gebieten zu besetzen.

Die Urteilsbegründung im Reigen-Prozess

Was Berlin wickelt uns im Anschluß an das Urteil noch gedankt: Im Reigenprozess führte der Vorsitzende zur Begründung des Urteils aus: Den Angeklagten wird zur Last gelegt, als Schauspieler in dem Stück „Der Reigen“ durch unzüchtige Handlungen Vergnügen erregt zu haben, dem Angeklagten Barnan, die Schauspieler dazu angeleitet zu haben. Der Angeklagte Regisseur Reusch schiedel für die Begabung einer strafbaren Handlung aus, da festgestellt ist, daß er nach dem 23. Juni an den Aufführungen nicht mehr teilgenommen hat.

Es fragt sich nun, ob eine Theateraufführung als solche als unzüchtige Handlung betrachtet werden kann. Insofern es sich um unzüchtige Schriften handelt, besteht kein Zweifel darüber. Anders könnte es bei einer Aufführung sein. Das Gesetz kennt an sich den Begriff einer unzüchtigen Theateraufführung nicht. Es müßte deswegen den Mitwirkenden solche Handlungen nachgewiesen werden können, die geeignet wären, das Schamgefühl eines normalen Menschen zu verletzen. Es war auch denkbar, daß bei einer solchen Aufführung unter Umständen der einzelne und nicht alle Mitwirkende zur Strafe gezogen werden könnten, oder daß einzelne bei gewissen Bildern ausscheiden, die nicht unzüchtig sind. Das Gericht hatte also zu prüfen, ob den Angeklagten im einzelnen etwas nachgewiesen werden könnte, worin sie eine Unzüchtigkeit begangen haben sollten. Die Urteilsbegründung bei dieser Beurteilung aus. In der Urteilsbegründung und in den Urteilsurteilen, sind die Darsteller als solche überhaupt nicht beteiligt.

Das Gericht selbst versucht, wie das Gericht feststellen konnte, einen sittlichen Gedanken. Der Dichter will darauf hinweisen, wie schal und fahl das Liebesleben ist abspielt. Er hat nach der Überzeugung des Gerichtes nicht die Pflicht gehabt, Lüsterheit zu erwecken, er hat das Werk aus einem geistigen Gefühl, aus der Seele geschrieben. Der Inhalt ist ein ethischer. Der Dichter wollte durch sein Werk bessern wirken. Dieses Empfinden tritt auch jedem moralisch empfindenden Menschen so deutlich gegenüber, das alles Bewerk, das als unzüchtig angesehen werden könnte, zurückgedrängt wird. Gegenüber dem Wortlaut des Gesetzes wäre noch zu sagen, was seitens der Darsteller geschehen ist, um den Wortlaut allenfalls zu mildern. Was die Aufführung betrifft, so ist alles, was in der Handlung obliegt und anständig hätte wirken

können, wie die Beweisaufnahme ergeben hat, bei der Bühnenaufführung geübt worden. Das Gericht hat ferner hinsichtlich der Aufführung festgestellt, daß für diese nicht die Mitschaubühne, sondern die schillerste Bühne gewählt worden war. Dadurch erhält das Stück etwas Schamhaftes, und es wird das Geistige mehr in den Vordergrund gerückt. Die Darsteller selbst haben in ihren Sätzen und Gebärden, wie sich das Gericht überzeugt hat, der höchsten Zurückhaltung sich befleißigt. So einfach die Rollen auf den ersten Blick erscheinen, so stellen sie doch hohe Anforderungen an die Kunst der Spielenden. Bei dem belakten Stoff liegt ja die Gefahr, durch irgendwelche Gebärden und Uebertreibungen tatsächlich Anstoß zu erregen, nahe. Das dies nicht geschehen ist, wird besonders hervorgehoben. Für das Gericht scheiden alle Fragen der Politik, des Kapitalismus und des Antisemitismus vor derhandeln aus. Es handelt sich darum, wie dieses Stück gespielt wurde, denn es konnte auf die verschiedenste Weise gespielt werden. Wurde es so gespielt, wie es hier der Fall war, so war die Aufführung nach Ansicht des Gerichtes nicht geeignet, das allgemeine normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl, wie es in dem Bewußtsein des Volkes nach der bisherigen Entwicklung ausgelebt wird, zu verletzen. In objektiver Richtung lag also keine strafbare Handlung vor, und auch in subjektiver Hinsicht war eine solche nicht anzunehmen. In dies aber der Fall, dann sind die Angeklagten freizulassen.

„Wohlgemut.“ Einer ist zu großer Nacht im Staube aufgestiegen. Da erfährt er, daß seine verlorbene Frau es mit einem anderen zu tun hatte. Im Staube an das ihm nächste Wesen entzündet, wird er, der spöttisch Wohlgemut benannte, zum tief Enttäuschten an der ganzen Welt. Weil er Lüge fand, soll alles Lüge sein. Aber er findet zwei Unenttäuschte, die einander nicht täuschen. Da sieht er aus allen Lügen und Sprengt sich selber in die Luft und den Staat, dem er dienste, der die Lüge heiligt. Er macht Ploß für die bessere Welt, die es — vielleicht — doch geben könnte. Ein spannendes Theaterstück, eine Weltanschauungsphantasie mit verteilten Rollen. Alexander Jinn, der kein Dichter und kein Menschengehülter ist, beschließt uns in Theater durch die geistreiche Erörterung der Frage: „Was ist Wahrheit?“ Man war nicht hingerissen, besaß jedoch mit Interesse den Autor, der auf die Bühne kam. Ueber seine Erörterung, die sich im Schauspielhause unter Diehwegs Leitung ohne besondere Erschütterungen vollzog, ist noch einiges zu sagen.

Die Regierung von Sieverts Gnaden

Daß die sozialistische Kölnische Regierung schon seit langem nicht mehr das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des Kölnischen Volkes besitzt, ist nichts Neues mehr; ebenso, daß diese Regierung bisher durch keine noch so deutliche Mißtrauenskundgebung zu bewegen war, die einzig mögliche Konsequenz des Rücktritts zu ziehen. Die Landtagswahl vom Donnerstag hat das von neuem bewiesen. Verdankt doch die Regierung die knappe Ablehnung des von den nichtsozialistischen Fraktionen gemeinsam beantragten Mißtrauensvotums, wie schon so oft, nur der Unterstützung durch die Kommunisten, deren Vertreter Sievert erneut von der Regierung verlangte, die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus und gegen eine Kontroverrevolution zu unterstützen, was in Wahrheit nichts anderes bedeutet, als daß die gegenwärtige Regierung für die Kommunisten das Werkzeug für die Verwirklichung ihrer verfassungswidrigen, unzulässigen Pläne ist. Eine Regierung aber, die sich auf die Kommunisten stützt, hat keinen Anspruch, daß man ihr die Versicherung glaubt, Schützerin der bestehenden Verfassung sein zu wollen.

Das Mißtrauen zur Regierung ist also berechtigt, und die Demonstration der nichtsozialistischen Fraktionen, die darauf hinauszielte, wieder einmal der Welt zu zeigen, auf wie unglücklich Schwachen Füßen Sachens Regierung steht, als gelangen zu bezeichnen. Zu bedauern ist nur, daß der Sprecher der Deutschen Nationalen, der Abgeordnete Bentler, sonst ein geschickter Politiker, sich in diesem Falle zu sehr von Parteinteressen fortreißen ließ, indem er in die Begründung des Mißtrauensantrages die Lipinischen „Entschüllungen“ hineinzog, damit also dem Ganzen eine persönliche Note verlieh, die besser vermieden worden wäre. Denn die Anklagen der nichtsozialistischen Fraktionen richten sich nicht etwa gegen Herrn Lipinski Person allein, wollen vielmehr der gesamten Vertretung der Unabhängigen Sozialdemokratie im Ministerium das Mißtrauen aussprechen.

Was die Entschüllungen Lipinski anbelangt, so ist die vorzeitige Veröffentlichung des Materials durch Herrn Lipinski nicht zu rechtfertigen, zumal da die Untersuchung in besten Händen war und nicht vor ihrem Abschluß stand; vor allem aber hätte die Benützung der Veröffentlichung, zu der sich durch Lipinski teilweise Zurücknahme seiner Behauptungen — auch daraus erhellt die Unverantwortlichkeit der vorzeitigen Veröffentlichung — größte Unklarheit über den Sachverhalt gestellt hat, vermieden werden müssen.

Geheimbünde, die sich gegen die bestehende Ordnung richten, können keinesfalls bestehen, da sie die Verfassung gefährden und von der Reichsregierung verboten sind; aber man soll auch nicht vergessen, daß Druck Gegenstand erzeugt, und daß es von politisch nato denkenden Menschen begreiflich ist, wenn sie glauben, im Anschluß an solche Organisationen, die ihnen versichern, für Ruhe und geordnete Verhältnisse Sorge tragen zu wollen, einer vaterländischen Pflicht zu genügen. Ob die Ziele dieser Organisationen in Wahrheit so vollkommen politisch-reinliche sind, wie deren Leiter behaupten, wird die eingehende Untersuchung zu erweisen haben. Doch, wie dem auch sei, fest steht jedenfalls, daß Geheimorganisationen, soweit sie die Befestigung der gegenwärtigen Verfassung zum Ziel haben, keinesfalls gedeutet werden dürfen, da sie nur Unruhe stiften im Volke sind, das Mißtrauen und die Klassengegenstände verschärfen und leicht gewissenlosen Führern als Handhabe zur Verwirklichung von ehrgeizigen, für die Gesamtheit schädlichen Plänen dienen können.

Abreise der deutschen Bevollmächtigten am Sonntag

Der deutsche Bevollmächtigte für Oberschlesien, Reichsminister a. D. Schiffer, begibt sich am Sonntag in Begleitung des Staatssekretärs Lewald und des Unterstaatssekretärs Göpper, des Reichsministers a. D. Raumer und des Vertreters des Anwärteramtes von Schulenburg zu Vorbesprechungen nach Genf.

Forderungen der Betriebsräte der Deutschen Werke

Die versammelten Betriebsräte aller den Deutschen Werken A. G. gehörenden Betriebe haben eine Entschlüsselung gefaßt, in der es heißt: Die Betriebsräte erwarten die Bestimmung von General Roder und vom Volkstagsrat die restlose Aufhebung der bisher getroffenen Bestimmungen.

Der Tanzabend von Martha Morell konnte in mancherlei Hinsicht befriedigen. Die Künstlerin war original, war nicht Vertreterin oder Schillerin einer bestimmten Schule und bot Eigenes. Ihre gewisse gewisse Verwandtschaft mit von Laban-Mannheim sollte Fr. Morell nicht eren, besonders in Hinsicht auf ihre Technik, die nicht als fertig bezeichnet werden kann. Ihre Tänze quollen aus einer äußerst unzüchtigen, schillerischen Mädchenseele. Die Musik, die sie selbst gestrichelt hat, ist leichtes, pointierendes Gewand um die Seele ihres Tanzes. Die Kostüme vertiefen den Eindruck. Ein wenig mehr Konzentration, eine technisch reinere Form werden Fr. Morell helfen, ihre Ziele schneller zu erreichen.

Der „Parrhauskomödien“-Skandal gerichtlich geklärt. Wie noch erinnerlich sein wird, hatte seinerzeit ein Dr. Lerch mit Hilfe eines katholischen Vereins eine Vorstellung von Heinrich Kaufmanns „Parrhauskomödie“ sabotiert. Der damalige Direktor des Kleinen Theaters, der die Vorstellung abbrechen und die Eintrittskarte zurückzahlen mußte, hatte gegen Dr. Lerch Klage erhoben. Der 22. Kriminal des Kammergerichts hat nun nach längeren Beratungen sein Urteil gefaßt. Das Gericht nahm an, daß Dr. Lerch der Theaterhändler absichtlich verschuldet hat. Dr. Lerch muß daher den Schaden in Höhe von 4500 M. der dem Kleinen Theater durch die Rückzahlung der Eintrittskarten entstanden ist, ersetzen.

Von der Universität Leipzig. Der zum nächst planmäßigen außerordentlichen Professor an der Universität Leipzig ernannte Dr. med. Erich Sonntag, Oberarzt an der chirurgischen Universitätsklinik, wird am Montag, den 23. November, mittags 12 Uhr, im Hörsaal 38 seines Antrittsvortrages über „Wundinfektionen und Wundbehandlung im Lichte neuerer Forschungen und Erfahrungen“ halten.

Von den Städtischen Bühnen. Die Vorstellungen im Allen Theater heute Abend „Edelstein“ und morgen Sonntag „Wolkenkuckuckin“ finden außer Hinzutritt fast so daß sämtliche Plätze zum freien Verkauf zur Verfügung stehen. Der Vorverkauf für die Neueinführung der Operette „Die letzten Tiden“ (Sonabend, den 20. November) beginnt Montag, den 21. November, an der Tageskasse des Operettentheaters. Die wirklich besten Eintrittskarten müssen spätestens bis Donnerstag mittags entnommen sein, eine längere Zurücklegung der besten Plätze kann nicht stattfinden. — Kammeränger Richard May, von der Wiener Staatsoper, der zu den hervorragendsten Sängern der Jetztzeit zählt, gastiert Freitag, den 25., und Sonntag, den 27. November, als Ochs von Lerchenau in Richard Strauß' „Athenkanaler“ und als Carafino in „Zauberflöte“. Die beiden Vorstellungen finden im Harnett zu großen Preisen statt. Vorbestellungen nimmt die Theaterkasse jetzt schon entgegen.

Kleines Theater. Morgen Sonntag, vorm. 11 1/2 Uhr, 3 welle Karl-Raue-Morgenfeier. Einübende Worte: Robert Dirk. Regie: Elisabeth Schönbart. Nachm. 3 Uhr: Gastspiel Dollenberg „Der Geizige.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Fahrt in's Blaue.“